# 2015/15 Thema

https://shop.jungle.world/artikel/2015/15/broeckelnde-geschichtsluegen

**Die Debatte über die NS-Vergangenheit in Österreich**

# Bröckelnde Geschichtslügen

Von **Bernhard Torsch**

**70 Jahre nach Kriegsende ist die Debatte über die NS-Vergangenheit in Österreich ein ganzes Stück weitergekommen. Dennoch setzt sich das Bewusstsein, ein Tätervolk gewesen zu sein, nur langsam durch.**

In den Tagen vor der bedingungslosen Kapitulation der Wehrmacht lief die österreichische Filiale der Volksgemeinschaft noch einmal zu voller sadistischer Brutalität auf. SS-Schergen, fanatische Nazifunktionäre und Bürger, die populistische Politiker und Kommentatoren heute »besorgt« nennen würden, veranstalteten Hetzjagden auf entflohene Kriegsgefangene, lynchten abgeschossene Bomberpiloten, hängten und erschossen Menschen, die angesichts der vor Wien stehenden sowjetischen Panzer eine Niederlage Nazi-Deutschlands nicht mehr ausschließen mochten, massakrierten Kärntner Bauernfamilien, die im Ruche standen, mit Partisanen zusammenzuarbeiten, trieben verhungernde KZ-Insassen in Todesmärschen über die Dörfer und ermordeten Juden, die in ihren Verstecken schon die Motorengeräusche der Roten Armee hatten hören können und in letzter Minute noch denunziert worden waren. Fliegende Standgerichte verurteilten hunderte Soldaten, die nicht mehr kämpfen wollten oder sich in den Wirren der Endkriegstage auch nur verlaufen hatten, zum Tode. Psychiatrieärzte und Krankenpflegerinnen verabreichten ihren Patientinnen bis zum 8. Mai Todesspritzen. Zehntausende Täter und Täterinnen vermochten die Alliierten, die ihnen das Mordhandwerk legten, nicht als Befreier sehen und gaben diese Sicht der Dinge an ihre Nachfahren weiter. Erst in den späten achtziger Jahren konnten sich Politiker von SPÖ und ÖVP, die das Land nach dem Krieg unter Einbeziehung auch hochrangiger Ex-Nazis durchgehend regiert hatten, zaghaft durchringen, die Mittäterschaft von Österreichern an den Verbrechen des Nationalsozialismus offiziell zuzugeben.

Um Gedenken und Erinnern kümmern sich in Österreich vor allem private Initiativen und Vereine. Bund, Länder und Städte hatten in den fünfziger und sechziger Jahren an historisch belasteten Bauten pflichtschuldig schlichte und leicht übersehbare Gedenktafeln montieren lassen und sich ansonsten auf die Position zurückgezogen, Österreich sei Hitlers erstes Opfer gewesen. Es ist vor allem dem Dokumentationsarchiv des Österreichischen

Widerstands, dem Mauthausen Komitee, der Israelitischen Kultusgemeinde, dem Verein Gedenkdienst und weiteren nichtstaatlichen Gruppen zu verdanken, dass diese geschichtsfälschende Haltung nur mehr von Provinzpolitikern offen vertreten wird, denen der örtliche Stammtisch wichtiger ist als internationale Reputation, und dass in Meinungsumfragen zumindest seit den neunziger Jahren stets eine Mehrheit der Befragten angibt, Österreich sei 1945 befreit worden. Und so werden beim diesjährigen zentralen Gedenken an die Niederlage der Nazis, dem »Fest der Freude«, das am 8. Mai auf dem Wiener Heldenplatz gefeiert wird, Vertreter der politischen Klasse vom Bundespräsidenten abwärts Reden halten und beteuern, wie dankbar sie den Alliierten seien und dass nie wieder Faschismus, Krieg und Völkermord sein dürften. Das bringt Pluspunkte beim aufgeklärteren Teil der Bevölkerung sowie bei den Nachkommen der Opfer und kostet weniger als die Restitution geraubmordeten jüdischen Vermögens, die sich über Jahrzehnte schleppend dahin quälte und bis heute nicht abgeschlossen ist.

Seit die Stadt Wien 1988 das »Mahnmal gegen Krieg und Faschismus« des Bildhauers Alfred Hrdlicka aufstellen ließ und sich der damalige Bundeskanzler Franz Vranitzky 1993 in Israel zur Täterschaft von Österreichern während des NS bekannte, hatte es das Narrativ vom Opferstaat Österreich auch außerhalb antifaschistischer Zusammenhänge immer schwerer. In jeder größeren Stadt wurden »Stolpersteine« verlegt – die seither in pedantischer Kleinarbeit regelmäßig von Neonazibanden übermalt werden – und langsam sickerte es ins allgemeine Bewusstsein, dass auch Roma, Homosexuelle, »Asoziale« und Deserteure Opfer des braunen Terrors waren. Erbitterten Widerstand dagegen leistet bis heute die FPÖ, einst als Sammelbecken unbelehrbarer Altnazis gegründet, deren Parteichef Heinz-Christian Strache noch 2014 gegen die Errichtung eines Denkmals für Wehrmachtsdeserteure mit der anscheinend direkt einem »Landser«-Heft entsprungenen Argumentation wetterte, Deserteure seien »oftmals auch Mörder« gewesen. Viele andere FPÖ-Politiker waren noch direkter und verleumdeten diejenigen, die der Genozidmaschinerie Wehrmacht ihre Gefolgschaft verweigerten, als »Kameradenmörder«. 2014 veröffentliche die Anti-Defamation League eine Umfrage, nach der 43 Prozent der Österreicher meinen, Juden hätten zu viel Einfluss auf die Finanzmärkte, und 30 Prozent davon überzeugt sind, Juden kontrollierten die Medien. Auch diese Kontinuität antisemitischer Wahnvorstellungen wird immer wieder von FPÖ-Leuten befördert, so zum Beispiel vom Vorarlberger FP-Chef Dieter Egger, der im Januar 2015 einem jüdischen Kritiker ausrichten ließ, die »Entscheidungen werden im Rathaus getroffen, nicht im Judenviertel«.
Eine lange kaum beachtete Opfergruppe waren Österreichs Sinti und Roma. Rund 11 000 von ihnen lebten vor dem Anschluss in Österreich, mindestens zwei Drittel davon wurden von den Nazis ermordet. Neuere Forschungen gehen sogar von einer 90prozentigen Todesrate aus. Für Professor Rudolf Sarközi, KZ-Überlebender und Vorsitzender des Kulturvereins Österreichischer Roma, hat sich die Haltung des offiziellen Österreich in Sachen Erinnerungskultur seit 1988, als Roma mit anderen Opfergruppen entschädigungsrechtlich gleichgestellt wurden, schrittweise verbessert. Am 27. Mai findet im ehemaligen KZ Mauthausen eine Kranzniederlegung am dortigen Mahnmal für Sinti und Roma statt, am 24. April gibt es eine Gedenkveranstaltung in Salzburg. Auf die Frage, ob das offizielle Österreich das Gedenken an die ermordeten Sinti und Roma angemessen unterstütze, antwortet Sarközi, er sehe seit einigen Jahren die Tendenz, dass Politiker von

SPÖ und Grünen eher bereit seien, an Gedenkveranstaltungen teilzunehmen, als jene von ÖVP und FPÖ, doch generalisieren wolle er dies nicht. Auch in Sachen Antiziganismus tat sich die FPÖ negativ hervor. Als der Rechtsextreme Franz Fuchs 1995 mit einer Bombe vier burgenländische Roma umbrachte, versuchte der damalige FPÖ-Chef Jörg Haider, die Tat den Opfern in die Schuhe zu schieben, indem er öffentlich spekulierte, der Anschlag könne einen vulgärkriminellen Hintergrund haben.

Trotz einiger erfolgreicher Initiativen und einer langsamen Änderung des Geschichtsbildes der Bevölkerung, von Verdrängung und Leugnung hin zur Akzeptanz der historischen Schuld, halten sich vor allem in der Provinz Geschichtslügen und Selbstbetrug wie zäher alter Leim. Wer durch die Landgemeinden fährt, trifft überall auf Kriegerdenkmäler und Soldatengräber, die mit durchschossenen Wehrmachtshelmen geschmückt sind, aber kaum auf Hinweise auf die Opfer der Nazis. Exemplarisch für die bis in die Gegenwart reichende Wirkmächtigkeit verlogener postnazistischer Opfermythen ist ein Denkmal am zentralen Domplatz in der Kärntner Landeshauptstadt Klagenfurt. 1992 wurde dort ein Granitblock mit folgender Aufschrift hingestellt: »Zum Gedenken an die während und nach dem Zweiten Weltkrieg von Partisanen verschleppten und ermordeten Frauen, Kinder und Männer. Wir wollen nicht vergessen, damit Gleiches nie wieder geschieht.« Historische Tatsache ist, dass kein einziges Kind jemals von Kärntner Partisanen verschleppt, geschweige denn ermordet wurde. Entführt und vor »Volksgerichte« der Partisanen gestellt wurden einige wenige Nazifunktionäre, die sich gegenüber der verfolgten slowenischen Minderheit in Kärnten besonders grausam benommen hatten. Die Kärntner Partisanen bildeten den einzigen organisierten und dauerhaft aktiven bewaffneten Widerstand auf »reichsdeutschem« Gebiet.
Für die Kärntner Nachkriegsgesellschaft, in der eine Entnazifizierung praktisch nicht stattgefunden hatte, war dies jedoch kein Anlass für Stolz, sondern für eine bis in die jüngste Vergangenheit aufrecht erhaltene Hasspropaganda gegen die Widerstandskämpfer und -kämpferinnen. Bezeichnend für die Stimmungslage in manchen Kärntner Dörfern ist der Wahlerfolg des ehemaligen FPÖ-Politikers Siegfried Kampl. Der hatte sich in einem Interview geweigert, sich vom Nationalsozialismus zu distanzieren (»Das darf man nicht sagen, dass der zum Teil schlecht war«), und wurde dennoch im März mit absoluter Mehrheit zum Bürgermeister der Gemeinde Gurk gewählt.
Nicht immer sind es rechte Politiker und Nazinostalgiker, die die sichtbare Erinnerung an NS-Opfer verhindern wollen. Im Februar verstarb in Wien Josef Zawrel, der als Kind in die Fänge des Euthanasie-Arztes Heinrich Gross geraten war und mit viel Glück überlebte, nur um in den siebziger Jahren seinem ehemaligen Peiniger, der im Nachkriegsösterreich zum gefragten Gerichtspsychiater aufgestiegen war, erneut ausgeliefert zu werden. Gross schrieb über Zawrel, der wegen eines Bagatelldiebstahls angeklagt war, ein vernichtendes Gutachten, das sich auf alte Akten aus der Nazizeit stützte, und sorgte so dafür, dass Zawrel für Jahre hinter Gitter kam. Nach seiner Freilassung und späten Rehabilitation arbeitete er als unermüdlicher Zeitzeuge gegen das vergessen der Untaten, die die Nazis an ihm und Tausenden andern als »lebensunwert« eingestuften Kindern verübt hatten. Als die Stadt Wien im März Pläne wälzte, eine Gasse nach dem Verstorbenen zu benennen, kam Widerspruch von unerwarteter Seite: Elfriede Schuh, Vorstandsmitglied der Grünen Frauen, schrieb in einer E-Mail an Parteikolleginnen, es sei »vom feministischen Standpunkt nicht vertretbar, wieder einen Mann (dem sehr wohl Ehre gebührt) zu

nominieren«.

© Jungle World Verlags GmbH